

Ukraine „Das war nur das Vorspiel“

Der Kiewer Politikwissenschaftler **Wadym Karasjow**, 59, über die gewaltsamen Proteste radikaler Rechter gegen den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und dessen Gesetzesinitiative zur Föderalisierung des Landes

SPIEGEL: Wie gefährlich ist die Gewalt der Nationalisten für die Stabilität des Landes?

Karasjow: Die Ausschreitungen wiegeln die Menschen auf, schaden unserem Image und spielen dem Kreml in die Hände, der die Ukraine destabilisieren will.

SPIEGEL: Wie lässt sich die Wut der Rechten erklären?

Karasjow: Die geplante Föderalisierung der Ukraine, zu der sich Poroschenko im Minsk-2-Abkommen verpflichtet hat, verschafft den von Moskau unterstützten Separatisten weitgehende Autonomie. Darin sehen die Gegner der Verfassungsänderung einen Verrat am Einheitsstaat Ukraine.

SPIEGEL: Droht nach der proeuropäischen Maidan-Revolution vom Winter 2014 nun der große Aufstand der extremen Rechten?

Karasjow: Nein. Dazu reicht deren Rückhalt in der Bevölkerung nicht. Hinter diesen Radikalen steht keine Massenbewegung. Dennoch fürchte ich, dass die Gewalt

vor der Rada, dem Parlament, am Montag mit drei Toten und mehr als 100 verletzten Polizisten nur das Vorspiel war für weitere blutige Ausschreitungen.

SPIEGEL: Zwei Koalitionsparteien, darunter die der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, stimmen gegen die Föderalisierung. Wie gefährlich ist der Verfassungskonflikt für Präsident Poroschenko?

Karasjow: Er steckt zumindest in der Klemme. Bei der ersten Abstimmung am Montag stützte er sich im Parlament auch auf die Stimmen ehemaliger Gefolgsleute seines

gestürzten Vorgängers Wiktor Janukowytsch. Das liefert seinen Kritikern Munition – über die zweite Abstimmung zur Föderalisierung im Dezember hinaus.

SPIEGEL: Wie wirken sich die Proteste auf den Waffenstillstandsprozess in der Ostukraine aus?

Karasjow: Nur ein Erfolg des Minsker Abkommens sichert Poroschenkos politisches Überleben. Sonst führen die Separatisten im Herbst eigene Wahlen durch. Dann punkten die Gegner des Präsidenten, und es drohen Neuwahlen.

Interview: Pavel Lokshin



Polizeieinsatz vor dem Parlament in Kiew

Fußnote

35 000

Sprachprüfungen wird das spanische Kulturinstitut Cervantes wohl im kommenden Jahr abnehmen – für sephardische Juden. Denn ab Oktober haben die Nachkommen jener Juden, die durch ein königliches Edikt 1492 vertrieben wurden, Anspruch auf die Staatsangehörigkeit, auch wenn sie nicht im Land leben. Sie müssen Spanisch sprechen, die Verfassung sowie die gesellschaftlichen Regeln kennen.

FOTO: ZUMA PRESS / ACTION PRESS (R.)

Syrien IS setzt Senfgas ein

Die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) erobert weitere Gebiete in Nordsyrien nahe der türkischen Grenze – ungehindert von türkischen Truppen und den Kampfjets der US-geführten Koalition. Erst Ende Juli hatte Ankara das Gebiet zur „IS-freien“ Zone erklärt, aber zugleich die erbittertsten Gegner der Islamisten, die syrischen Kurden, bombardiert. Nach der Einnahme zweier Dörfer att-

kierte der IS diese Woche mit etwa 500 Mann die Städte Tal Rifaat und Maraa und schickte zwölf gepanzerte Lkw voller Sprengstoff als Speerspitze. „Wir konnten sie am Ortsrand zurückschlagen“, so einer der lokalen Rebellen, „danach haben sie vorigen Dienstag mit Giftgas angegriffen.“ Von 30 Verletzten erlaubten die türkischen Behörden nur drei schweren Fällen den Transport ins Krankenhaus nach Gaziantep, aber untersagen dort jeden Zugang zu ihnen. „Die Menschen hat-

ten noch Glück. Der Kampfstoff, vermutlich Senfgas, war sehr alt, und es war windstill. Sonst hätte es weit mehr Opfer gegeben“, so der übergeleitete syrische Brigadegeneral Zaher al-Saket. Tausende Bewohner sind in andere syrische Orte geflohen, die türkische Grenze ist abgeriegelt. Ziel der massiven IS-Offensive, so ein europäischer Geheimdienstler, sei der Durchmarsch nach Aleppo: „In Großstädten sind sie sicher vor Luftangriffen. Will man sie stoppen, dann jetzt!“ cre